

DEMOKRATIEARBEIT IN BERLIN BRAUCHT SICHERHEIT!

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) haben mit der dritten Förderperiode des Bundesprogramm Demokratie leben! ab 2025 viel vor. Doch während sich der Förderaufruf vielversprechend liest, hapert es seit Monaten massiv an einem transparenten Fahrplan, wie das Programm auf lokaler Ebene umgesetzt werden kann.

Dies ist ein Umstand, der sowohl uns als ausführende Berliner externe Koordinierungs- und Fachstellen als auch unsere zivilgesellschaftlichen Partner*innen rat- und fassungslos zurücklässt.

Obwohl wir in den Startlöchern sitzen, erhalten wir nur sehr spärliche und dazu widersprüchliche Informationen dazu, wie wir mit der konkreten Umsetzung des Bundesprogramms verfahren können. Gleichzeitig bekommen wir keinerlei verlässliche Rückmeldung darüber, wann wir mit Klarheit rechnen können – ein unzumutbarer Zustand, wenn wir bedenken, dass das Programm in einem Monat beginnen soll! Hinzukommt, dass viele von uns aufgrund der Haushaltslage nicht wissen, ob ihre befristeten Arbeitsverträge Ende des Jahres verlängert werden bzw. ob es Anfang nächsten Jahres zu betriebsbedingten Kündigungen kommen wird. Da die Bezirke bzw. Gebietskörperschaften lange Zeit auf ihre Bescheide warten mussten, konnten auch wir als Berliner Koordinierungsstellen unsere Zuwendungsanträge erst Mitte Dezember beantragen. Wir können zurzeit nur hoffen, dass wir tatsächlich im Januar unsere Arbeit lückenlos fortführen können.

Vertrauensverlust angesichts intransparenter Kürzungen

Einige von uns sind außerdem von Kürzungen im Programm betroffen: So wurden z.B. drei Berliner Bezirke eine dritte Partnerschaft für Demokratie gestrichen. Dies bedeutet ein Drittel weniger Geld für Demokratiearbeit, aber auch, dass teilweise sehr große Gebiete, in denen diese dringend notwendig ist, nicht mehr abgedeckt werden dürfen. Vielen anderen Pfd stehen im kommenden Jahr weniger Mittel als bisher zur Verfügung. Wir haben dazu, auch auf Nachfrage, keine inhaltliche Begründung erhalten. Ebenso wenig haben wir aktuell die Möglichkeit, die genehmigten Partnerschaften an die neuen Bedingungen anzupassen und ggf. Gebietsanpassungen vorzunehmen. Unsere langjährigen Netzwerkpartner*innen, kleine Initiativen, die mit viel Herzblut in herausfordernden Nachbarschaften arbeiten, sind fassungslos und können – genauso wie wir – diese Entscheidungen nicht nachvollziehen. Es braucht dringend Transparenz, denn gerade hier geht aktuell Vertrauen in die Demokratie verloren, also genau das Gegenteil der Zielsetzungen des Bundesprogramms Demokratie *leben!*.

Das Gebot der Stunde: Netzwerke und Initiativen stärken!

Die Fach- und Koordinierungsstellen der Berliner Partnerschaften für Demokratie konnten sich in den letzten Jahren immer

stärker in den Berliner Bezirken etablieren und gelten als lokale Ansprechpartner*innen in der Arbeit gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Vielfalt, sowohl für Politik, Verwaltung als auch Zivilgesellschaft. Wir vermitteln ehrenamtlichen und zivilgesellschaftlichen Projekten Fördergelder und beraten sie zu oben genannten Themen. Diese mühsam und kontinuierlich aufgebaute Demokratie- und Vielfaltsarbeit in den Berliner Bezirken sehen wir nun in Gefahr.

All dies geschieht in einer Zeit, in der in Berlin Jugendeinrichtungen, queere Selbstorganisationen, kulturelle Bildung, Demokratiebildungsprojekte von teilweise starken Kürzungen bis hin zu Streichungen betroffen sind. Wir wissen um die Studien und Wahlergebnisse zu Einstellungen in unserer Gesellschaft und sehen dringenden Handlungsbedarf: Akteur*innen und Parteien mit extrem rechten Inhalten haben Aufwind, Bürger*innen bringen sich aktiv und gewaltsam gegen migrantisierte, queere und jüdische Menschen und Einrichtungen in Stellung, Anschläge und Übergriffe werden verübt und das Recht auf Asyl wird vielfach grundsätzlich in Frage gestellt.

Demokratiearbeit ist immens wichtig, vor allem im Jugendbereich. Netzwerke und kleine Initiativen müssen daher gestärkt und ausgebaut werden! Stattdessen drohen diese nun, auch angesichts des Programmmanagements des BMFSFJ sowie (BAFzA) und der daraus resultierenden unsicheren Planungssituation, wegzubrechen.

Unsere Forderungen:

- Eine zügige Vergabe der Bescheide für 2025
- Schnell transparente und eindeutige Informationen vom BAFzA und vom BMFSFJ: Wie sollen die Anforderungen für die Partnerschaften für Demokratie konkret umgesetzt werden?
- Transparenz von BAFzA und BMFSFJ hinsichtlich der Kürzungen: Wie sind diese begründet? Wie können wir als

Kommune neue Handlungsstrategien aufgrund dieser geänderten Ausgangssituationen entwickeln, damit nicht wichtige Teile der Zivilgesellschaft wegbrechen

- BAFzA und BMFSFJ: eine Evaluation ihrer Prozesse in Bezug auf das Förderverfahren, damit sich diese Situation nicht wiederholt
- Weiterhin die schnellstmögliche Einlösung des Versprechens, durch das Demokratiefördergesetz eine nachhaltige Absicherung der Maßnahmen zu gewährleisten
- Länder und Kommunen müssen im Notfall die Finanzierung absichern

Unterzeichner*innen:

- **Externe Koordinierungs- und Fachstelle der Pfd Tempelhof-Schöneberg**
- **Externe Koordinierungs- und Fachstelle der Pfd Spandau**
- **Externe Koordinierungs- und Fachstelle der Pfd Marzahn und Hellersdorf**
- **Externe Koordinierungs- und Fachstelle der Pfd Charlottenburg-Wilmersdorf**
- **Externe Koordinierungs- und Fachstelle der Pfd Lichtenberg und Hohenschönhausen**
- **Externe Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie Neukölln (Nachbarschaftsheim Neukölln e.V.)**
- **Externe Koordinierungs- und Fachstelle der Pfd Reinickendorf**
- **Fabrik Osloer Straße e.V. / Demokratie in der Mitte mit der Externen Koordinierungs- und Fachstelle der Pfd Moabit und Berlin Zentrum**
- **Zentrum für Demokratie Treptow Köpenick mit den Partnerschaften für Demokratie (Treptow-Köpenick, Schöneweide und Altglienicke)**
- **offensiv'91 e.V.**
- **Fach- und Netzwerkstelle [moskito] mit der Externen Koordinierungs- und Fachstelle der Pfd Pankow**

Kontakt für Rückfragen:

[moskito] Fach- und Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, für Demokratie & Vielfalt
Mail: moskito@pfefferwerk.de
Web: <https://moskito.pfefferwerk.de>